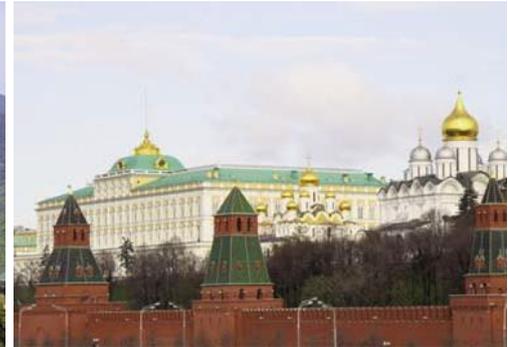


Außenwirtschaft aktuell



IHK
Industrie- und Handelskammer
Stade für den Elbe-Weser-Raum

07 2024

Seminare	3
Veranstaltungen / Unternehmerreisen	4
02.07.2024 IHK Braunschweig Sprechtag: Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	4
02.07.2024 GTAI Webinar: EU-Neuseeland Freihandelsabkommen	4
09.07.2024 GTAI Webinar: Wirtschaftsrecht in Argentinien	4
11.07.2024 IHK Stade Veranstaltung: Ländersprechtag Singapur	4
16.07.2024 IHK Düsseldorf Webinar: Carbon Border Adjustment Mechanism	5
14.08.2024 IHK Stade Veranstaltung: Zweite Sitzung des Außenwirtschaftsforums	5
22.08.2024 GTAI Webinar: Life-Science-Markt in der Schweiz	5
02. – 06.09.2024 Geschäftsanbahnungsreise USA: Lebensmittel allgemein	5
09. – 13.09.2024 Geschäftsanbahnungsreise Mexiko: Lebensmittel allgemein	6
23. – 26.09.2024 IHK Stade Delegationsbesuch: Windwirtschaft in Irland und Deutschland	6
25.09.2024 IHK Ostfriesland Webinar: Das Europäische Lieferkettengesetz CSDDD	6
25.09.2024 IHK Düsseldorf Webinar: Wasserstoffwirtschaft in den Benelux-Staaten	6
30.09. – 04.10.2024 MW Niedersachsen: Delegationsreise in die USA	6
14. – 18.10.2024 EU-Japan Center for Industrial Cooperation: Digital Business Mission	6
04. – 09.11.2024 FIHAV: Internationale Handelsmesse in Havanna, Kuba	7
Zoll- und Außenwirtschaftsrecht	7
Äthiopien: Neue Verordnung zur Mehrwertsteuerbefreiung	7
Brasilien: Abschaltung des Außenhandelssystems SISCOMEX	7
Brasilien: Land ergreift Schutzmaßnahmen gegen Stahlimporte	7
Chile: Land erlässt neues Cybersicherheitsgesetz mit Auswirkungen auf ausländische Firmen	8
China: Antidumpinguntersuchung bei EU-Schweinefleisch	8
China: Genehmigungspflicht für die Ausfuhr von Luft- und Raumfahrttechnik	8
Côte d'Ivoire: Senkung der Zölle auf EU-Produkte	8
EU: 14. Sanktionspaket gegenüber Russland vom 24. Juni 2024	8
EU: Neues Template für Abfrage von Emissionsdaten im Rahmen der CBAM-Berichtspflicht	9
EU: 9 Mitgliedsstaaten beschließen Einführung einer eDeclaration für Entsendungen	9
EU: Wiedereinführung der Zölle auf Hafer aus der Ukraine	9
EU: Höhere Zölle auf Getreide aus Russland und Belarus	9
EU: Erweiterung des Einfuhrverbots für Quecksilber	9
EU: Antidumping und Antisubventionsmaßnahmen gegenüber der VR China	10
Kolumbien: Ankündigung eines neuen Zollgesetzes	10

Madagaskar: Aussetzung der Schutzmaßnahmen	11
Marokko: Einfuhrlizenz für Halbzeug aus Stahl	11
Norwegen: Änderung im Firmen- und Registerrecht	11
Rumänien: Neues Gesetz für Offshore-Windenergie	12
Serbien: Vorrangige Abfertigung von frischen Waren	12
Südafrika: Update zum WTO-Verfahren gegen die EU	12
Türkei: Zusatzzölle auf PKW mit Benzin- oder Hybridantrieb	12
USA: Erhöhung der Schutzzölle gegenüber der VR China	12
Venezuela: Land ratifiziert WTO Trade Facilitation Agreement	13
WTO: Zunahme der TBT-Maßnahmen	13
Ländernotizen	13
Ägypten: Investitionen gegen Wasserkrise	13
Äthiopien: EU-Entwaldungsverordnung bremst Kaffeebauern aus	13
Eritrea: Planung eines Projekts zur Gewinnung von Dünger aus Fischresten	13
EU: Unterzeichnung eines Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit Kirgistan	14
Finnland: Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos	14
Israel: Markt für Kraftfahrzeugteile wächst	14
Marokko: Land wird zum Cloud-Hub	15
Marokko: Produktion von grünem Stahl	15
Marokko: Ausbau der Batterieproduktion	15
Oman: Ausbau der Wasserstoffwirtschaft	15
Polen: EU-Gelder für den Ausbau von Containerterminals	16
Südafrika: Legalisierung von Cannabis	16
USA: KI-Investitionen steigen sprunghaft an	16
USA: Infrastrukturausbau kommt zügig voran	17
USA: Hohe Investitionen in Lebensmittelindustrie	17
Usbekistan: Ausländische Maschinen gefragter denn je	17
Usbekistan: Ausbau der touristischen Infrastruktur	18
VAE: Markt für Labortechnik boomt	18
Veröffentlichungen	18
DIHK veröffentlicht Sonderanalyse zu Argentinien	18
African Development Bank veröffentlicht African Economic Outlook 2024	18
Impressum	20

Seminare		
04.07.2024	Einreihen von Waren in den Zolltarif - Richtig tarifieren mit dem EZT-Online	Online
04.07.2024	Außenwirtschaftsverkehr mit Embargoländern - Systematik, Prüfung und Dokumentation	Online
09.07.2024	Zollrecht kompakt - Kompaktes Zollwissen für Einsteiger und Umsteiger	Online
10.07.2024	Warenursprung und Präferenzen/ Lieferantenerklärungen	Online
10.07.2024	Das Ausfuhrverfahren ATLAS	Online
11.07.2024	Zolltechnische Abwicklung von Importgeschäften	Online
11.07.2024	Grundlagen der US-Reexportkontrolle	Online
16.07.2024	Praxiswissen für Zollbeauftragte - Organisation des betrieblichen Zollwesens	Online
17.07.2024	Dual-Use-Prüfungen und Genehmigungscodierungen: Y901 & Co.	Online
18.07.2024	Gelangensbestätigung & Co. - Die aktuellen Nachweispflichten für Umsatzsteuerzwecke	Online
28.08.2024	Export- und Zollabwicklung EU und Drittländer	Online
30.08.2024	Lieferantenerklärungen 2024 verstehen, ausstellen und anwenden	Online
02.09.2024	Grundlagen der Intrahandelsstatistik (Intrastat)	Online
03.09.2024	Umsatzsteuer International: EU-Binnenmarkt und Export, Reihen- und Dreiecksgeschäfte, Dienstleistungen, Sonderfälle; aktuelle Änderungen	Online
04.09.2024	Einführung in die Exportkontrolle	Online
05.09.2024	Einreihen von Waren in den Zolltarif - Richtig tarifieren mit dem EZT-Online	Online
05.09.2024	Datenbanken und Internetrecherche im Außenhandel	Online

Veranstaltungen / Unternehmerreisen

02.07.2024 IHK Braunschweig Sprechtag: Zoll- und Außenwirtschaftsrecht
Die IHK Braunschweig engagiert sich aktiv für ihre Mitgliedsunternehmen und bietet eine wertvolle Ressource im Bereich des Zoll- & Außenwirtschaftsrechts. Am 2. Juli findet in der IHK Braunschweig von 9:00 bis 15:00 Uhr ein Sprechtag zu diesem Thema statt. Die Teilnahme am Sprechtag ist kostenfrei, eine Anmeldung ist erforderlich. Weitere Informationen finden sich auf der [Anmeldeseite](#).

02.07.2024 GTAI Webinar: EU-Neuseeland Freihandelsabkommen
Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland ist seit dem 1. Mai 2024 in Kraft. Am 2. Juli gibt die GTAI von 10:00 Uhr bis 11:30 Uhr einen digitalen Überblick über die Vorteile und Handelserleichterungen für deutsche Unternehmen. Für Unternehmen in der EU bedeutet das Abkommen bereits im ersten Jahr einen jährlichen Zollabbau von 140 Millionen Euro und ein erwartetes Handelswachstum von bis zu 30 Prozent innerhalb eines Jahrzehnts. Das Abkommen beinhaltet Verpflichtungen zur Einhaltung des Pariser Abkommens und zur Sicherung grundlegender Arbeitnehmerrechte. Das Webinar behandelt die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Neuseeland sowie rechtliche und zollrechtliche Aspekte des Abkommens, wie Dienstleistungen, Investitionen, Zollabbau, Ursprungsregeln und den Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse. Die Teilnahme am Webinar ist kostenfrei, eine Anmeldung ist erforderlich. Weitere Informationen finden Sie auf der [Anmeldeseite](#).

09.07.2024 GTAI Webinar: Wirtschaftsrecht in Argentinien
Am 09. Juli ab 14:00 Uhr findet ein weiteres Webinar mit dem Länderfokus Argentinien. Das Webinar bietet einen Überblick über die aktuelle Entwicklung des Wirtschaftsrechts in Argentinien sowie über die Herausforderungen und Chancen für deutsche Unternehmen. Seit dem Regierungswechsel versucht Präsident Javier Milei, durch umfassende Reformen die Wirtschaft zu deregulieren. Ziel ist es, die Hyperinflation einzudämmen und den staatlichen Einfluss zu reduzieren, indem Hunderte von Rechtsinstrumenten geändert oder aufgehoben werden. Diese Änderungen betreffen unter anderem die Privatisierung staatlicher Unternehmen, die Flexibilisierung des Arbeitsrechts, die Änderung des Steuersystems und die Dollarisierung. Die Teilnahme am Webinar ist kostenfrei, eine Anmeldung ist erforderlich. Weitere Informationen finden Sie auf der [Anmeldeseite](#).

11.07.2024 IHK Stade Veranstaltung: Ländersprechtag Singapur
Das Jahr 2023 war wirtschaftlich schwierig für Singapur, für das Jahr 2024 sind Marktkenner vorsichtig optimistisch: Der internationale Währungsfonds prognostiziert ein reales Wirtschaftswachstum um 1 Prozent. Die Asiatische Entwicklungsbank traut der südostasiatischen Wirtschaft mehr zu und rechnet damit, dass das Brutto-Inlands-Produkt Singapurs um 2,5 Prozent steigt. Voraussetzung hierfür ist, dass sich die Lage auf den internationalen Märkten beruhigt und die Nachfrage nach elektronischen Erzeugnissen wieder anspringt. Derzeit verzeichnet Deutschland einen Exportüberschuss in Singapur, also gute Voraussetzungen für einen Markteinstieg. Für interessierte Unternehmen bietet die IHK Stade daher am 11. Juli einen Ländersprechtag mit Herrn Dr. Philippi, Executive Director der AHK Singapur, an. In einem 30-minütigen, kostenlosen Beratungsgespräch können Sie sich über die Geschäftsmöglichkeiten unter anderem in den Bereichen Luft- und Raumfahrt, Medizintechnik, Innovative Hafenlösungen, Chemie und Pharmazie sowie Smart Urban Development und Digitalisierung informieren. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie [hier](#).

16.07.2024 **IHK Düsseldorf Webinar: Carbon Border Adjustment Mechanism**

Für den neu eingeführten CO₂-Grenzausgleichsmechanismus der EU (CBAM) müssen quartalsweise Daten der importierten unter das CBAM-Regime fallenden Produkte abgegeben werden. Nach den ersten Perioden liegen Erfahrungen vor, wie dieser Bericht ausgefüllt werden kann. In dieser von Enterprise Europe Network unterstützten Veranstaltung wird gezeigt, wie direkt im CBAM-Register Schritt für Schritt ein einfacher Bericht erstellt werden kann. Das Webinar findet am 16. Juli 2024 von 14:00 bis 16:00 Uhr virtuell statt. Die Teilnahme am Webinar ist kostenfrei, und es sind noch freie Plätze vorhanden. Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie auf der [Veranstaltungsseite](#).

14.08.2024 **IHK Stade Veranstaltung: Zweite Sitzung des Außenwirtschaftsforums**

Im Februar 2022 hat der russische Angriffskrieg in der Ukraine nicht nur das geopolitische Umfeld Europas grundlegend erschüttert, sondern auch vielerlei Handelsbeziehungen maßgeblich verändert. Im November 2024 werden die US-amerikanischen Wahlen erneut das handelspolitische Weltgeschehen maßgeblich beeinflussen. In seiner zweiten Sitzung wird sich das Außenwirtschaftsforum der IHK Stade am 14. August 2024 von ab 15:00 Uhr daher diesen zwei bedeutenden Themen widmen: der Sanktionspolitik gegenüber Russland und den anstehenden Wahlen in den USA. Herr Stefan Kägebein, Leiter der Taskforce Ukraine und Referatsleiter Ost- und Südosteuropa, Südkaukasus des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), wird die Sitzung mit einem Vortrag zum Thema „Die Sanktionspolitik gegenüber Russland: Handelspolitische Auswirkungen und neue wirtschaftliche Chancen in den Anrainerstaaten“ eröffnen. Im Anschluss wird Herr Jona Rowold, Director Consulting Services der Auslandshandelskammer USA in Atlanta, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern erste Einblicke in die wirtschaftspolitischen Auswirkungen der anstehenden US-amerikanischen Wahlen verschaffen. Die Sitzung bietet den Teilnehmenden zudem die Möglichkeit, sich in einer anschließenden Netzwerkrunde auszutauschen und durch Themenvorschläge die zukünftigen Sitzungen des Außenwirtschaftsforums aktiv mitzugestalten. Sie möchten sich fachlich austauschen und Ihr Netzwerk erweitern? Dann nutzen Sie das 2. IHK-Netzwerktreffen Außenwirtschaftsforum. Weitere Informationen und eine Anmeldeöglichkeit finden Sie [hier](#).

22.08.2024 **GTAI Webinar: Life-Science-Markt in der Schweiz**

Die Schweiz beherbergt ein weltweit einzigartiges Life-Science-Ökosystem. Am 22. August gibt die Handelskammer Deutschland-Schweiz von 10:00 Uhr bis 11:00 Uhr einen digitalen Überblick über die Potenziale, die die Schweizer Life-Science-Industrie deutschen Unternehmen bietet. Neben führenden Chemie- und Pharmafirmen wie Novartis, Roche und Syngenta umfasst das Ökosystem ein dichtes Netz von Unternehmen aus der Medizintechnik, Bio- und Nanotechnologie. Die Life-Science-Industrie der Schweiz ist dynamisch und international ausgerichtet. Dank weltweit führender Universitäten und forschungsstarker Pharmaunternehmen ist die Verfügbarkeit von hoch qualifizierten Wissenschaftlern sehr hoch. Das Webinar beleuchtet die Potenziale für deutsche Unternehmen in der Schweizer Life-Science-Industrie und befasst sich mit den Auswirkungen regulatorischer Unterschiede zwischen der EU und der Schweiz, insbesondere der Medical Device Regulation (MDR). Die Teilnahme am Webinar ist kostenfrei, eine Anmeldung ist erforderlich. Weitere Informationen finden Sie auf der [Anmeldeseite](#).

02. – 06.09.2024 **Geschäftsanhaltungsreise USA: Lebensmittel allgemein**

Im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) organisiert die SBS systems for business solutions GmbH in Zusammenarbeit mit Global Agrotrade Advisors und dem Verband Food – Made in Germany e. V. diese Geschäftsreise zum Thema Lebensmittel allgemein nach Mexiko. In Bezug auf die Marktchancen deutscher Agrar- und Ernährungsgüter auf dem mexikanischen Markt liegen Weine, Biere, haltbare Lebensmittelzubereitungen, Milchprodukte (insbesondere Käsespezialitäten) sowie Süß- und Backwaren im Fokus. Das Anmeldeformular erhalten Sie über exportfoerderung@ble.de.

09. – 13.09.2024 Geschäftsanbahnungsreise Mexiko: Lebensmittel allgemein

Im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) organisiert die GEFA Exportservice GmbH in Zusammenarbeit mit der CMA Global Partners und dem Verband Food – Made in Germany e. V. diese Geschäftsreise zum Thema Lebensmittel allgemein in die USA (New York). Ziel der Geschäftsreise sind Geschäftsanbahnungen, Erfahrungsaustausch und Kontaktvertiefung mit lokalen Unternehmen und Experten. Das Anmeldeformular erhalten Sie über exportfoerderung@ble.de.

23. – 26.09.2024 IHK Stade Delegationsbesuch: Windwirtschaft in Irland und Deutschland

Vom 23. Bis 26. September 2024 wird eine irische Delegation den Elbe-Weser-Raum zum Thema Windkraft besuchen. Zum Austausch mit den Delegationsteilnehmern lädt die IHK Stade interessierte Unternehmerinnen und Unternehmer zu den Netzwerkabenden der Delegation ein. Diese werden vorwiegend in Cuxhaven stattfinden. Interessierte Unternehmen können sich via E-Mail an Herrn Arne Kölling, Referent für Außenwirtschaft der IHK Stade wenden: arne.koelling@stade.ihk.de.

25.09.2024 IHK Ostfriesland Webinar: Das Europäische Lieferkettengesetz CSDDD

Am 25. September 2024 von 10:00 bis 12:00 Uhr findet das Webinar zur „Corporate Sustainability Due Diligence Directive“ (CSDDD) statt. Diese EU-Richtlinie, verabschiedet vom Parlament und dem Rat der EU im April bzw. Mai 2024, zielt darauf ab, Menschen- und Umweltrechte entlang der Lieferkette zu schützen. Die CSDDD bringt erweiterte Sorgfaltspflichten mit sich, die auch mittelbare Zulieferer einschließen und bei Verstößen eine zivilrechtliche Haftung vorsehen. In Deutschland wird die Richtlinie voraussichtlich ab 2026 relevant sein, sobald sie in das nationale Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) integriert ist. Die Veranstaltung bietet zudem Gelegenheit, Fragen zur EU-Lieferkettenrichtlinie zu stellen. Die Teilnahme am Webinar ist kostenfrei. Eine Anmeldung ist erforderlich. Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie auf der Veranstaltungsseite.

25.09.2024 IHK Düsseldorf Webinar: Wasserstoffwirtschaft in den Benelux-Staaten

Am 25.09.2024 von 10:00 bis 12:00 Uhr bietet ein Webinar der IHK Düsseldorf einen Überblick über die Umsetzung der Wasserstoffstrategien in Belgien und den Niederlanden und zeigt auf, welche Geschäftsmöglichkeiten sich daraus für deutsche Unternehmen ergeben. Das Programm umfasst Präsentationen zur Wasserstoffwirtschaft in Belgien durch Margit Kunz, Hauptgeschäftsführerin der debelux-Handelskammer in Brüssel, und Bert De Colvenaer von WaterstofNet, sowie zur Wasserstoffwirtschaft in den Niederlanden durch Laura Vollebregt, Teamleiterin Absatzberatung bei der Deutsch-Niederländischen Handelskammer in Den Haag, und Bert Kiewiet, Hydrogene Manager Germany bei Gasunie NV. Die Veranstaltung bietet zudem eine Q&A-Session. Die Teilnahme am Webinar ist kostenfrei, eine Anmeldung ist erforderlich. Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie auf der [Veranstaltungsseite](#).

30.09. – 04.10.2024 MW Niedersachsen: Delegationsreise in die USA

Im Zeitraum vom 30. September bis 04. Oktober 2024 bietet das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung eine Delegationsreise in die USA an. Diese wird von Herrn Minister Olaf Lies begleitet. Es sollen die Städte Seattle und Detroit besucht und ein besonderer Augenmerk auf die Themen Cleanteach und wirtschaftliche Transformation gelegt werden. Eine Anmeldung ist noch bis zum 12. Juli 2024 per E-Mail an Frau Erdmann von der IHK Hannover möglich: heiderun.erdmann@hannover.ihk.de. Weitere Informationen zum Ablauf der Reise finden Sie auch auf der [Website der IHK Hannover](#).

14. – 18.10.2024 EU-Japan Center for Industrial Cooperation: Digital Business Mission

Vom 14. bis 18. Oktober 2024 bietet das EU-Japan Center for Industrial Cooperation interessierten Unternehmen die Möglichkeit, sich in Makuhari Messe (in der Nähe von Tokio) über die neusten Trends im Bereich digitale Industrien und Künstliche Intelligenz zu informieren. Für den viertägigen Aufenthalt entstehen, abgesehen von den Reise- und

Unterkunftsgebühren, keine weiteren Gebühren. Eine Anmeldung ist noch bis zum 30. Juni möglich. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

04. – 09.11.2024 FIHAV: Internationale Handelsmesse in Havanna, Kuba

Die 40. Auflage der internationalen Handelsmesse „FIHAV“ findet dieses Jahr vom 04. bis 09. November in Havanna, Kuba, statt. Die FIHAV ist die wichtigste Handelsbörse Kubas und bietet eine hervorragende Plattform, um mit lokalen Unternehmen und Entscheidungsträgern aus verschiedenen Branchen in Kontakt zu treten. Das Ziel des Deutschen Büros zur Förderung von Investitionen in Kuba (AHK Kuba) als Delegation der Deutschen Wirtschaft vor Ort ist es Deutschland weiterhin stark und sichtbar mit der Marke "Made in Germany" auf der Messe zu vertreten. Aus diesem Grund bietet die AHK Kuba in diesem Jahr deutschen Ausstellern bei der Organisation ihrer Teilnahme an der FIHAV ihre Unterstützung an. Weitere Informationen sowie die Möglichkeit der Anmeldung finden Sie [hier](#).

Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

Äthiopien: Neue Verordnung zur Mehrwertsteuerbefreiung

Das Finanzministerium Äthiopiens hat eine neue Verordnung zur Mehrwertsteuerbefreiung erlassen, die seit dem 20. Juni 2024 in Kraft ist. Die Regelung schränkt die Mehrwertsteuerbefreiungen ein, sodass nun alle zuvor befreiten Waren und Dienstleistungen der regulären Mehrwertsteuer in Höhe von 15 Prozent unterliegen, mit Ausnahme der in Art. 8 (2) der Value Added Tax Proclamation No. 285/2002 und den Art. 19 bis 33 der Value Added Tax Regulation No. 79/1995 genannten Befreiungen. Unter der neuen Verordnung sind folgende lokal hergestellte und eingeführte Waren von der Mehrwertsteuer befreit: ausgewählte Getreide und Hülsenfrüchte wie Teff, Hirse, Weizen oder Bohnen, landwirtschaftliche Betriebsmittel wie Düngemittel, Pestizide und Saatgut, gekochte oder zubereitete Lebensmittel und Getränke (Injera, Brot, Milch) sowie ausgewählte Investitionsgüter und medizinische Artikel (Moskitonetze, Kondome und Chemikalien zur Wasseraufbereitung).

Brasilien: Abschaltung des Außenhandelssystems SISCOMEX

Das elektronische Außenhandelssystem SISCOMEX wird ab Oktober 2024 in Phasen abgeschaltet. An seine Stelle tritt das "Portal Único de Comércio Exterior", das mehrere Vereinfachungen für Einführer mit sich bringt. Ziel des neuen Portals ist es, die Ein- und Ausfuhrvorgänge moderner und effizienter zu gestalten, indem die Bürokratie, Zeiten und Kosten reduziert werden. Das Sekretariat für Außenhandel (SECEX) des Ministeriums für Entwicklung, Industrie und Außenhandel (MDIC) ist für die Umstellung zuständig. Die Abschaltung von SISCOMEX soll Ende 2025 abgeschlossen sein. Durch das Portal Único wird der Wareneingang beschleunigt, indem die Anzahl der Tage von neun auf fünf verkürzt wird. Dies wird durch die "koordinierte Kontrolle" der Waren erreicht, bei der alle beteiligten Behörden gleichzeitig kontrollieren. Zudem können Importeure Zollverfahren vorverlegen, während sich die Waren noch im Transit befinden. Eine weitere Neuerung ist die Einführung der "Licença Flex", die eine einzige Einfuhrlizenz für mehrere Einfuhrvorgänge ermöglicht. Im Rahmen der Modernisierung wird auch ein neues Importverfahren ("Novo Processo de Importação" – NPI) eingeführt, das die Bürokratie, Zeit und Kosten bei Importen senken soll. Die bereits angewandte einheitliche Warenanmeldung ("Declaração Única de Importação" – DUIMP) wird weiterentwickelt und soll bis Ende 2024 alle Einfuhrvorgänge abdecken.

Brasilien: Land ergreift Schutzmaßnahmen gegen Stahlimporte

Die brasilianische Kammer für Außenhandel (CAMEX) hat am 23. April 2024 beschlossen, Zollkontingente für Stahlprodukte festzulegen, um unlauteren Wettbewerb gegen heimischen Stahl zu verhindern. Wenn die Kontingente überschritten werden, werden Einfuhrzölle in Höhe von 25 Prozent auf die betroffenen Waren erhoben. Die Maßnahme gilt aktuell für elf Stahlerzeugnisse, doch könnten vier weitere Produkte künftig hinzukommen. Bevor die Maßnahme

in Kraft tritt, müssen die Mercosur-Partnerländer den Beschluss der CAMEX prüfen, und die brasilianische Zollbehörde (Receita Federal) muss die Kontingente noch regeln und veröffentlichen. Dies dürfte in den nächsten Tagen geschehen. Ab dem Datum der Veröffentlichung ist die Maßnahme ein Jahr gültig. Weitere Informationen finden sich im Beschluss der brasilianischen Kammer für Außenhandel (CAMEX) vom 23. April 2024 mit der Liste der von Zollkontingenten betroffenen Produkte.

Chile: Land erlässt neues Cybersicherheitsgesetz mit Auswirkungen auf ausländische Firmen

Chile hat kürzlich das erste spezifische Cybersicherheitsgesetz in Lateinamerika verabschiedet, das seit dem 8. April 2024 in Kraft ist. Ziel des Gesetzes (Ley 21663/24 - Ley Marco de Ciberseguridad) ist es, die Cybersicherheit im Land zu strukturieren und zu regeln. Es schafft die Nationale Agentur für Cybersicherheit (ANCI) sowie ein System zur Reaktion auf Sicherheitsvorfälle (CSRIT). Das Gesetz gilt für Betreiber von grundlegender Bedeutung und Anbieter wesentlicher Dienstleistungen in Bereichen wie Energie, Telekommunikation und Bankwesen. Deutsche Unternehmen, die solche Dienstleistungen in Chile erbringen, müssen ihre Cybersicherheitsrichtlinien an die neuen Vorschriften anpassen und sind verpflichtet, Sicherheitsvorfälle innerhalb strenger Fristen zu melden. Verstöße können mit erheblichen Geldstrafen geahndet werden.

China: Antidumpinguntersuchung bei EU-Schweinefleisch

Das chinesische Wirtschaftsministerium MOFCOM hat am 17. Juni 2024 die Einleitung eines Antidumpingverfahrens gegenüber Schweinefleisch aus der EU bekannt gegeben. Gegenstand der Untersuchung ist frisches, gekühltes und gefrorenes Schweinefleisch sowie Schlachtnebenerzeugnisse der Zolltarifnummern 02031110, 02031190, 02031200, 02031900, 02032110, 02032190, 02032200, 02032900, 02063000, 02064100, 02064900, 02091000, 05040011, 05040014, 05040029 und 05040090. Unternehmen, die die genannten Waren nach China exportieren, sollten bis zum 7. Juli 2024 mit dem MOFCOM Kontakt aufnehmen.

China: Genehmigungspflicht für die Ausfuhr von Luft- und Raumfahrttechnik

Ab dem 1. Juli 2024 unterliegen weitere Waren der Exportkontrolle und dürfen nur mit Genehmigung des Wirtschaftsministeriums MOFCOM ausgeführt werden. Betroffen sind Strukturteile, Software und Triebwerkstechnik für die Luft- und Raumfahrt sowie die erforderlichen Entwicklungs- und Produktionsmittel dafür. Das Antragsverfahren erfolgt analog wie bei Dual-Use-Gütern. Details inklusive der betroffenen Zolltarifnummern ergeben sich aus der Veröffentlichung des [MOFCOM Nr. 24 vom 30. Mai 2024](#) (nur Chinesisch).

Côte d'Ivoire: Senkung der Zölle auf EU-Produkte

Die dritte Phase des Zollabbaus im Rahmen des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens (WPA) mit der EU ist rückwirkend zum 1. Januar 2024 in Kraft getreten. Bereits im April 2024 beschloss Côte d'Ivoire, unter dem Interim-WPA (iEPA) weitere 1080 Zolltariflinien rückwirkend zum 1. Januar 2024 zu liberalisieren. Dies gaben die EU und Côte d'Ivoire in einer kürzlich veröffentlichten gemeinsamen Presseerklärung bekannt. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der liberalisierten Zolltariflinien auf 3385, was 55 Prozent aller Tariflinien entspricht. Die dritte Zollsenkung betrifft hauptsächlich mechanische und elektrische Maschinen, Haushaltsgeräte, Kunststoffe und chemische Erzeugnisse. Die letzten beiden der insgesamt fünf Phasen der Zollliberalisierung sind für 2026 und 2029 geplant. Das Interim-WPA zwischen der EU und Côte d'Ivoire wird seit dem 3. September 2016 vorläufig angewendet.

EU: 14. Sanktionspaket gegenüber Russland vom 24. Juni 2024

Das 14. Sanktionspaket zielt darauf ab, die Umgehung bestehender Sanktionen zu verhindern. Mit den Verordnungen 2024/1745 und 2024/1739 wurden die Verordnungen 833/2014 und 269/2014 geändert. Die Sanktionsliste umfasst mittlerweile über 2.200 Personen, Unternehmen und Institutionen, die Reiseverbote haben, deren Vermögenswerte

eingefroren wurden und denen keine Gelder zur Verfügung gestellt werden dürfen. Neu hinzugekommen sind Unternehmen, die gegen bestehende Sanktionen verstoßen haben. Zudem verbietet die EU die Umladung von russischem Flüssigerdgas (LNG) zum Weitertransport in Länder außerhalb der EU sowie Investitionen in russische LNG-Exportprojekte. Weitere Einzelheiten sind der [Verordnung \(EU\) 2014/1745](#) und der [Verordnung \(EU\) 2024/1739](#) zu entnehmen.

EU: Neues Template für Abfrage von Emissionsdaten im Rahmen der CBAM-Berichtspflicht

Die EU-Kommission hat ein neues Excel-Template zur Übermittlung von Emissionsdaten veröffentlicht, das Beispiele für die Warenkategorien Zement, Aluminium, Düngemittel, Wasserstoff und Stahl enthält. Dieses Template soll Importeuren helfen, Emissionsdaten von Lieferanten in Drittländern abzufragen. Die Nutzung des Templates ist eine Empfehlung, jedoch nicht verpflichtend. Zusätzlich erweitert die EU-Kommission das Informationsangebot auf Deutsch. Der Leitfaden für Importeure und Anlagenbetreiber in Drittländern ist nun in mehreren Sprachen, darunter Deutsch, verfügbar. Alle Leitfäden und Vorlagen können auf der [CBAM-Webseite der EU-Kommission](#) abgerufen werden.

EU: 9 Mitgliedsstaaten beschließen Einführung einer eDeclaration für Entsendungen

Die EU-Mitgliedstaaten Deutschland, Griechenland, Irland, Litauen, Polen, Portugal, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn haben sich auf die freiwillige Einführung eines einheitlichen digitalen Registrierungsformulars für Entsendungen (eDeclaration) geeinigt. Ziel ist es, die Entsendeverfahren zu verbessern und bürokratische Hürden für kleine und mittlere Unternehmen abzubauen. Die eDeclaration wird Informationen aus fünf Kategorien erfassen, darunter Details zum entsendenden Unternehmen, zum entsandten Arbeitnehmer, zur Entsendungsdauer sowie zum Dienstleistungsempfänger. Eine einheitliche Maximalliste der erforderlichen Angaben soll die Anforderungen klären und die Implementierung eines EU-weiten Registrierungsportals unterstützen, das auch die A1-Bescheinigung für den Nachweis der Sozialversicherung integrieren soll.

EU: Wiedereinführung der Zölle auf Hafer aus der Ukraine

Seit Mai 2022 hat die EU die Zölle und Kontingente für Einfuhren aus der Ukraine ausgesetzt. Ab dem 19. Juni 2024 werden jedoch Zölle für Hafer wieder eingeführt. Dies erfolgt durch die Reaktivierung des Zollkontingents für Hafer aus dem Assoziierungsabkommen EU-Ukraine (Anhang I-A), das bis zum 5. Juni 2025 gilt.

EU: Höhere Zölle auf Getreide aus Russland und Belarus

Die EU hat beschlossen, die Zölle auf Getreide, Ölsamen und daraus hergestellte Erzeugnisse aus Russland und Belarus auf bis zu 50 Prozent zu erhöhen. Neben der Zollerhöhung wird auch die Nutzung von Kontingenten nicht mehr möglich sein. Der Transit durch die EU ist von den Maßnahmen nicht betroffen. Betroffen sind Einfuhren von Getreide, Ölsamen und daraus gewonnenen Erzeugnissen sowie von pelletierten ausgelagerten Rübenschnitzeln und getrockneten Erbsen. Eine genaue Auflistung findet sich im Anhang der Verordnung, die am 10. Juni 2024 im EU-Amtsblatt veröffentlicht wurde und am 1. Juli in Kraft tritt. Hintergrund der Maßnahme ist der erhebliche Anstieg der Getreideeinfuhren aus Russland seit Beginn des russischen Angriffskrieges. Ziel ist es, die Einfuhren der betroffenen Erzeugnisse aus Russland und Belarus zu unterbinden, um den EU-Getreidemarkt zu stabilisieren und zu verhindern, dass Einnahmen aus Getreideexporten in die EU zur Finanzierung des russischen Angriffskrieges verwendet werden.

EU: Erweiterung des Einfuhrverbots für Quecksilber

Die EU weitet bereits bestehende Ein- und Ausfuhrbeschränkungen für Quecksilber aus. Der Rat hat der Änderung der Verordnung (EU) 2017/852 über Quecksilber im Hinblick auf Dentalamalgam und andere mit Quecksilber versetzte Produkte, die Ausfuhr-, Einfuhr- und Herstellungsbeschränkungen unterliegen, zugestimmt. Damit verbietet die EU die Verwendung von Dentalamalgam und weitet Verbote bezüglich der Herstellung, Einfuhr und Ausfuhr anderer mit

Quecksilber versetzter Produkte aus. Für Dentalamalgam besteht ein Ausfuhrverbot ab 1. Januar 2025 und ein Einfuhrverbot ab 1. Januar 2026. Für quecksilberhaltige Lampen gelten produktspezifische Ein- und Ausfuhrverbote ab 31. Dezember 2025 beziehungsweise 31. Dezember 2026. Details zu den betroffenen Warenkategorien enthält der geänderte Anhang II der Verordnung. Hintergrund der Maßnahme ist die Quecksilberverordnung von 2017, die zur Umsetzung des Minamata-Übereinkommens dient, ein 2013 unterzeichneter internationaler Vertrag zum Schutz vor nachteiligen Auswirkungen von Quecksilber auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Ziel ist es, die Verwendung von Quecksilber zunächst schrittweise zu beschränken und perspektivisch gänzlich einzustellen.

EU: Antidumping und Antisubventionsmaßnahmen gegenüber der VR China

Die Europäische Union (EU) hat mehrere Maßnahmen im Bereich Antidumping und Antisubvention gegen chinesische Produkte eingeleitet oder bestehende Maßnahmen aktualisiert. Hier ist eine Zusammenfassung der wichtigsten Punkte:

Antidumpingmaßnahmen für Stahlräder aus China:

Die EU-Kommission kündigte an, dass die bestehenden Antidumpingmaßnahmen, die seit März 2020 gelten, am 5. März 2025 außer Kraft treten werden, es sei denn, es wird eine Überprüfung beantragt und durchgeführt. Die Maßnahmen betreffen Stahlräder für verschiedene Fahrzeugtypen und sind unter bestimmten KN-Codes klassifiziert.

Antidumpingmaßnahmen für Aluminiumfolie (kleine Rollen) aus China:

Die EU-Kommission hat eine Auslaufüberprüfung eingeleitet, da die bestehenden Antidumpingmaßnahmen für diese Produkte im Juni 2024 auslaufen sollten. Die Ware ist unter spezifischen KN-Codes klassifiziert und unterliegt bestimmten Bedingungen, einschließlich der Dicke und der Verarbeitung.

Antidumpingmaßnahmen für Dekorpapier aus China:

Ein neues Antidumpingverfahren wurde eingeleitet, das Dekorpapier betrifft, das bestimmte Eigenschaften aufweist und unter verschiedenen KN-Codes eingereicht ist. Stellungnahmen von Interessengruppen sind möglich, und die Kommission hat 14 Monate Zeit für die Untersuchung.

Antisubventionsmaßnahmen für Elektroautos aus China:

Die EU-Kommission hat vorläufige Ausgleichszölle auf neue batteriebetriebene Elektrofahrzeuge eingeführt, die hauptsächlich für den Transport von neun oder weniger Personen bestimmt sind und aus China stammen. Diese Maßnahme wurde aufgrund einer Untersuchung eingeleitet, die ergab, dass chinesische Hersteller von unfairen Subventionen profitieren.

Antidumpingmaßnahmen für Kabel und Seile aus Stahl aus China, Marokko und Südkorea:

Die EU hat Antidumpingmaßnahmen auf Kabel und Seile aus Stahl verlängert, die aus China stammen. Diese Maßnahmen wurden auch auf Einfuhren aus Marokko und Südkorea ausgeweitet, wobei spezifische Zollsätze für verschiedene Unternehmen gelten. Diese Maßnahmen sollen fairen Wettbewerb auf dem europäischen Markt sicherstellen und negative Auswirkungen auf die heimischen Industrien verhindern. Interessengruppen haben die Möglichkeit, in diesen Verfahren Stellung zu nehmen, und die EU-Kommission führt regelmäßig Überprüfungen durch, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu bewerten und bei Bedarf anzupassen.

Kolumbien: Ankündigung eines neuen Zollgesetzes

Der Präsident Kolumbiens Gustavo Petro hat am 22. Mai 2024 das Dekret 659 zur Änderung des Zollgesetzes erlassen. Das Dekret zielt darauf ab, den Außenhandel im Land zu beschleunigen, die Maßnahmen zur Bekämpfung des Schmuggels zu verstärken und die Sicherheit an den Landesgrenzen zu erhöhen. Ferner stehen relevante Änderungen

für kolumbianische Importeure im Fokus. Das Dekret verpflichtet alle Importeure dazu, ihre Einfuhrwaren im Voraus anzumelden. So müssen alle in Kolumbien einzuführenden Waren 48 Stunden vor dem Eintreffen am Ankunftsort bei der kolumbianischen Steuer- und Zollbehörde (Dirección de Impuestos y Aduanas Nacionales – DIAN) angemeldet werden. Derzeit ist die Vorabanmeldung nur für die Einfuhr von Textilien, Schuhen, Maschinenteilen und anderen sensiblen Produkten vorgeschrieben. Einführer anderer Produkte verwenden sie freiwillig. Nach Angaben der DIAN brauchen Importeure, die ihre Waren im Voraus anmelden, weniger Zeit bei der Zollabfertigung als diejenigen, die keine Vorabanmeldung abgeben; im Durchschnitt sechs Tage (146 Stunden) am Flughafen El Dorado und 3,3 Tage (81 Stunden) am Hafen von Buenaventura. Dies senke die Betriebskosten, weil die Waren weniger Zeit in Zolllagern verbleiben. Darüber hinaus führt das Dekret die Verwendung von Satellitenortungsgeräten ein. Dies ermöglicht der DIAN die Rückverfolgbarkeit und Überwachung von Waren, die durch Kolumbien transportiert werden. Außerdem können die digitalen Geräte erkennen, ob Container mit nicht abgefertigten Waren (mercancías sin nacionalizar) ohne die Anwesenheit der Behörden geöffnet werden. Ferner ist die Entwicklung eines neuen Zollverwaltungssystems vorgesehen, das das derzeitige SYGA (Sistema de Información y Gestión Aduanera) ersetzt. Das neue elektronische System soll den gesamten Zollprozess digitalisieren und den Zeitaufwand verringern.

Madagaskar: Aussetzung der Schutzmaßnahmen

Madagaskar führte am 1. Januar 2024 vorläufige Schutzmaßnahmen gegenüber Einfuhren von Windeln und Damenbinden (HS-Code: 9619.00.00) ein, die einen Zusatzzoll von 27 Prozent beinhalteten. Diese Schutzmaßnahmen werden nun ausgesetzt, bis das Ergebnis des laufenden Untersuchungsverfahrens vorliegt.

Marokko: Einfuhrlizenz für Halbzeug aus Stahl

Das marokkanische Ministerium für Industrie und Handel hat rechteckiges Halbzeug aus Stahl (Zolltarifnummer 7207.11.00) auf die Liste der lizenzpflichtigen Waren gesetzt, um die Einfuhr mengenmäßig zu beschränken. Importeure müssen eine Einfuhrlizenz beantragen, wobei ausländische Exporteure ein Formular über ihr Unternehmen, das Produkt und bisherige Exporte nach Marokko ausfüllen müssen. Lizenzpflichtig in Marokko sind gebrauchte Waren, diverse chemische Substanzen, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, runderneuerte und gebrauchte Luftreifen, Pulver und Sprengstoffe, pyrotechnische Artikel, Thermometer, Abfälle und Schrott aus unedlen Metallen, Messer, Waffen (auch Antiquitäten), Asbest, Drohnen sowie Kühl- und Gefriergeräte mit ozonschädigenden Substanzen. Die Maßnahme wurde im Rundschreiben Nr. 6573/311 der marokkanischen Zollverwaltung vom 14. Juni 2024 und im Amtsblatt Nr. 7306 vom 6. Juni 2024 veröffentlicht.

Norwegen: Änderung im Firmen- und Registerrecht

Norwegen hat sein Firmen- und Registerrecht durch eine Gesetzesänderung reformiert, die ab dem 1. Juli 2024 in Kraft tritt. Die Änderungen betreffen deutsche Unternehmen mit einer Zweigniederlassung in Norwegen (NUF). Diese müssen künftig den Zusatz "NUF" in ihrer Firmenbezeichnung führen, zum Beispiel "Germany Trade & Invest GmbH NUF", gemäß dem neuen § 2-2 Absatz 15 des norwegischen Firmengesetzes. Zudem muss die Rechtsform bei allen Unternehmen, sowohl norwegischen als auch ausländischen, immer am Ende des Namens angegeben werden, wie es der neue § 2-2 Absatz 16 vorschreibt. Des Weiteren wird das öffentliche Informationsrecht bezüglich der D-Nummern eingeschränkt. Zukünftig erhalten nur noch Behörden, private Unternehmen mit öffentlichen Aufgaben, Kreditauskunfteien und Finanzinstitute Zugang zu diesen Nummern für ihre spezifischen Tätigkeiten, gemäß der geänderten Regelung im § 8-1 des Gesetzes über die Eintragung von Unternehmen (foretaksregisterloven). Diese Reformen sollen mehr Transparenz schaffen und die Regeln für ausländische Rechtsformen in Norwegen klarer definieren.

Rumänien: Neues Gesetz für Offshore-Windenergie

Rumänien hat ein neues Offshore-Windenergiegesetz erlassen, das seit dem 31. Mai 2024 in Kraft ist. Dieses Gesetz zielt darauf ab, erneuerbare Energien im Land zu fördern und Investitionen zu stimulieren. Es legt allgemeine Regeln für die Durchführung von Windenergieprojekten fest, die den Grundsätzen der Nichtdiskriminierung, des fairen Wettbewerbs und des Umweltschutzes entsprechen müssen. Zuständig für die Umsetzung sind das Ministerium für Energie und die Aufsichtsbehörde für die Offshore-Ölförderung im Schwarzen Meer (ACROPO).

Bis zum 30. Juni 2025 soll das Ministerium eine Studie erstellen, die als Grundlage für das Konzessionsverfahren und den Bau von Offshore-Windkraftanlagen dient. Die Regierung muss bis dahin auch die Konzessionsgebühr festlegen. Der Konzessionsvertrag darf eine Laufzeit von maximal 30 Jahren haben. Laut Gesetz soll Rumänien im Jahr 2032 den ersten Offshore-Windstrom in das nationale Energiesystem einspeisen. Dies soll zur Erreichung der nationalen Klimaziele beitragen und Investitionen anlocken.

Serbien: Vorrangige Abfertigung von frischen Waren

Die serbische Zollverwaltung hat bekannt gegeben, dass frische und gekühlte Waren an den serbischen Grenzübergängen seit dem 15. Mai 2024 wieder bevorzugt abgefertigt werden. Dies betrifft insbesondere Obst, Gemüse, Fleisch, Pilze und Blumen. Diese Regelung war etwa vier Jahre lang in Kraft und wurde am 14. April 2024 aus Sicherheitsgründen vorübergehend ausgesetzt.

Südafrika: Update zum WTO-Verfahren gegen die EU

Am 24. Juni 2024 beantragte Südafrika bei der WTO die Einsetzung von zwei Streitbeilegungsgremien, um die EU-Einfuhrbestimmungen für Zitrusfrüchte zu überprüfen. Diese Maßnahmen der EU, die durch verschärfte Importbestimmungen zur Verhinderung von Krankheiten wie dem "false codling moth" und "Citrus Black Spot" eingeführt wurden, wirken sich negativ auf die südafrikanische Zitrusindustrie aus. Der Antrag auf Einrichtung eines Panels ist der erste seiner Art von Südafrika im WTO-Streitbeilegungssystem. Zuvor hatte Südafrika im April 2024 und Juli 2022 Konsultationen mit der EU durchgeführt, die jedoch keine einvernehmliche Lösung brachten. Die südafrikanische Regierung argumentiert, dass die EU-Maßnahmen gegen das WTO-Übereinkommen über sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen (SPS-Übereinkommen) und das GATT von 1994 verstoßen. Trotz der laufenden WTO-Verfahren bleibt Südafrika offen für weitere Gespräche mit der EU.

Türkei: Zusatzzölle auf PKW mit Benzin- oder Hybridantrieb

Ab dem 7. Juli 2024 erhebt die Türkei Zusatzzölle auf Pkw mit Benzin- und Hybridantrieb. Diese Maßnahme, die am 7. Juni 2024 im türkischen Amtsblatt veröffentlicht wurde, sieht einen zusätzlichen Zollsatz von 40 Prozent, mindestens jedoch 7.000 US-Dollar pro Fahrzeug vor. Ziel ist es, die heimische Industrie, insbesondere vor Konkurrenz aus China, zu schützen. Betroffen sind nur Fahrzeuge aus Ländern, mit denen die Türkei weder eine Zollunion noch ein Freihandelsabkommen hat. Fahrzeuge aus der EU sind aufgrund der bestehenden Zollunion mit der Türkei nicht betroffen.

USA: Erhöhung der Schutzzölle gegenüber der VR China

Präsident Biden plant die Erhöhung der Schutzzölle auf chinesische Produkte, einschließlich Elektrofahrzeuge. Eine vorläufige Produktliste wurde von der Handelsbeauftragten veröffentlicht, um Feedback von betroffenen Unternehmen einzuholen. Für Elektro- und Hybridfahrzeuge soll der Zoll von 25 Prozent auf 100 Prozent steigen. Halbleiter, Solarzellen, Spritzen und Nadeln sollen einem Zoll von 50 Prozent unterliegen, während Batterien, medizinische Handschuhe und andere Waren einen Zoll von 25 Prozent erhalten. Ausnahmen gibt es für bestimmte Maschinen und Ausrüstungen zur Solarproduktion. Die betroffenen Unternehmen haben bis zum 28. Juni 2024 Zeit, Anmerkungen zu machen.

Venezuela: Land ratifiziert WTO Trade Facilitation Agreement

Am 11. Juni 2024 ratifizierte Venezuela das Trade Facilitation Agreement (TFA) der WTO, womit nun 157 WTO-Mitglieder, das sind 95,7 Prozent, das Abkommen ratifiziert haben. Venezuela hat jedoch bisher keine Verpflichtungen umgesetzt. Weitere Informationen zum Umsetzungsprozess des TFA durch Venezuela und zum Abkommen selbst sind [hier](#) verfügbar.

WTO: Zunahme der TBT-Maßnahmen

Im Jahr 2023 stieg die Anzahl der technischen Handelshemmnisse (TBT-Maßnahmen) bei der WTO um mehr als 4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr an. Die Mitglieder reichten insgesamt 4068 TBT-Maßnahmen ein, gegenüber 3897 im Jahr 2022. Diese Maßnahmen betrafen eine Vielzahl von Sektoren, wobei Umweltaspekte und Kennzeichnungsanforderungen besonders häufig genannt wurden. Darüber hinaus wurden im Jahr 2023 vermehrt Handelsbedenken im TBT-Ausschuss vorgebracht, insbesondere in Bezug auf Umweltschutzthemen. Die Nutzung der Plattform ePing, die Informationen zu technischen Handelshemmnissen bereitstellt, hat sich im Jahr 2023 fast verdreifacht.

Ländernotizen

Ägypten: Investitionen gegen Wasserkrise

Kairo (GTAI) - Nordafrika steht vor der wachsenden Herausforderung der Wasserkrise, wobei Marokko und Ägypten die größten Investitionen tätigen. Länder wie Marokko setzen auf Meerwasserentsalzung und den Ausbau der Infrastruktur für den Wassertransport. Deutsche Unternehmen spielen eine bedeutende Rolle bei der Abwasserreinigung und sehen steigende Geschäftschancen in Marokko. Ägypten konzentriert sich auf die Wiederverwertung von Nilwasser und die Erweiterung der Meerwasserentsalzung, um die steigende Nachfrage zu decken. Algerien investiert stark in Meerwasserentsalzung und möchte den Anteil an der Trinkwasserversorgung bis 2030 deutlich erhöhen. Tunesien wiederum profitiert von internationalen Finanzierungen für Wasserprojekte und steht im Wettbewerb um Wassertechnik mit europäischen und asiatischen Anbietern. Die gesamte Region leidet unter steigendem Wasserbedarf aufgrund von Bevölkerungswachstum und Landwirtschaft. Europa bleibt ein wichtiger Lieferant für Wassertechnik in Nordafrika, aber der Marktanteil von Nicht-EU-Anbietern wächst, insbesondere aus China, der Türkei und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Äthiopien: EU-Entwaldungsverordnung bremst Kaffeebauern aus

Addis Abeba (GTAI) - Die EU-Entwaldungsverordnung ab Ende 2024 stellt Äthiopiens Kaffeeproduzenten vor große Probleme, da sie Nachweise verlangt, dass der Kaffee entwaldungsfrei angebaut wurde. Kleinbauern fehlen die nötigen Daten. Äthiopien sucht Unterstützung für Datenerhebung. Die Regulierung könnte den Markt zugunsten großer Exporteure konzentrieren. Im Vergleich zu anderen afrikanischen Ländern ist Äthiopien schlecht vorbereitet. Die geplante Liberalisierung des Handels könnte neue Möglichkeiten eröffnen.

Eritrea: Planung eines Projekts zur Gewinnung von Dünger aus Fischresten

Asmara (GTAI) - Eritrea plant ein ehrgeiziges Projekt zur Herstellung von Flüssigdünger aus Fischresten und Seetang in der Hafenstadt Massawa. Das Vorhaben, das in Zusammenarbeit mit dem International Fund for Agricultural Development (IFAD) finanziert wird, soll nicht nur die heimische Landwirtschaft unterstützen, sondern auch Exportmöglichkeiten schaffen. Das Land strebt an, den Einsatz von Kunstdünger komplett zu verbieten, um die Umwelt zu schützen und Devisen zu sparen, da diese knapp sind. Derzeit verwendet Eritrea pro Hektar Ackerfläche nur sehr

wenig Kunstdünger im Vergleich zu anderen Ländern. Zusätzlich plant das Fischereiministerium den Bau einer neuen Anlage zur Trocknung und Verarbeitung von Sardinen und Sardellen in Ras Tarma. Dieses Projekt, ebenfalls unterstützt durch die IFAD, zielt darauf ab, die lokale Fischverarbeitungskapazität zu erhöhen, da bisher keine vergleichbaren Anlagen existieren. Eine Erweiterung der Salzverarbeitungskapazitäten ist ebenfalls geplant, um unter anderem Grundstoffe für Natrium-Ionen-Batterien zu produzieren. Eritrea zeigt großes Interesse an deutscher Technologie und Ausbildung im Fischereisektor. Deutsche Unternehmen haben bereits bei der Installation von Eismaschinen und anderen Ausrüstungen geholfen.

EU: Unterzeichnung eines Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit Kirgistan

Brüssel (GTAI) - Am 25. Juni unterzeichneten die Europäische Union und die Kirgisische Republik in Brüssel ein erweitertes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (EPCA) als wichtigen Meilenstein zur Stärkung bilateraler Beziehungen. Das Abkommen schafft eine neue rechtliche Grundlage für vertiefte politische Dialoge und eine verstärkte Zusammenarbeit in verschiedenen gegenseitig vorteilhaften Bereichen. Dazu gehören Handel und Investitionen, nachhaltige Entwicklung und Konnektivität, Forschung und Innovation, Bildung, Umwelt- und Klimawandel sowie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Zivilgesellschaft. Darüber hinaus ermöglicht es die Stärkung der Kooperation im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich Konfliktprävention, Krisenmanagement, Cybersicherheit, regionale Stabilität, Abrüstung, Nichtverbreitung, Waffenkontrolle und Exportkontrolle. Das EPCA schafft auch neue Kooperationsmöglichkeiten in Bereichen wie kritische Rohstoffe, die für grüne und digitale Transformationen wesentlich sind. Durch die Unterzeichnung des EPCA bekräftigen die EU und die Kirgisische Republik ihr Bekenntnis zu den Prinzipien und Normen des Völkerrechts sowie zur Stärkung von Frieden, Stabilität und Sicherheit auf der Grundlage eines effektiven Multilateralismus.

Finnland: Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos

Helsinki (GTAI) - Trotz der positiven Entwicklung bei den Ladepunkten für Elektroautos in Finnland besteht weiterhin Bedarf an Ladeinfrastruktur, insbesondere für Hochleistungsanschlüsse. Anfang 2024 zählte Finnland mehr als 3.700 Ladestandorte mit insgesamt 12.681 Ladepunkten, was einem Anstieg um 31 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Besonders stark war der Zuwachs bei CCS-Ladeanschlüssen (Combined Charging System) mit einer Leistung von über 150 Kilowatt, die um 120 Prozent zunahm. Trotz dieser Fortschritte wird Finnland seine Ladeinfrastruktur weiter ausbauen müssen, um europäischen und nationalen Vorgaben gerecht zu werden. Die EU-Richtlinien für das Transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V-Kernnetz) erfordern bis 2026 mindestens alle 60 Kilometer eine Ladestation mit einer Mindestladeleistung von 400 Kilowatt und bis 2028 von 600 Kilowatt. Während Finnland die Anforderungen bis 2026 weitgehend erfüllt, besteht für die Zeit danach Bedarf an weiteren Hochleistungsladepunkten über 150 Kilowatt. Zusätzlich zu den EU-Vorgaben werden auch finnische Gesetze die Nachfrage nach Lademöglichkeiten antreiben. Gebäudeeigentümer mit nicht-wohnwirtschaftlich genutzten Immobilien von mehr als 20 Autostellplätzen müssen bis Ende 2024 mindestens einen Ladeanschluss installieren, wobei viele Eigentümer dieser Verpflichtung bisher nicht nachgekommen sind. Der Anstieg der rein elektrisch angetriebenen Fahrzeuge bei den Pkw-Erstzulassungen in Finnland seit 2023 trägt ebenfalls zur steigenden Nachfrage nach Ladeinfrastruktur bei.

Israel: Markt für Kraftfahrzeugteile wächst

Tel Aviv (GTAI) - Israel verzeichnet einen wachsenden Fahrzeugbestand, was den Bedarf an Kfz-Teilen steigen lässt. Trotz des Gaza-Kriegs blicken Prognosen optimistisch auf die mittel- und langfristige Entwicklung. Von 2018 bis 2023 stieg die Anzahl der zugelassenen Fahrzeuge um 21,5 Prozent auf 4,1 Millionen, und das Energieministerium prognostiziert bis Ende 2030 einen Bestand von 4,7 Millionen Fahrzeugen. Dieser Anstieg wird durch den vergleichsweise niedrigen Motorisierungsgrad in Israel getrieben, der deutlich unter dem anderer Industrieländer liegt. Israel importiert nahezu alle Kfz-Teile, da das Land keine eigenen Fahrzeuge produziert. Deutsche Anbieter spielen

dabei eine bedeutende Rolle: 2023 stammten rund 10,5 Prozent der Kfz-Teil-Importe aus Deutschland. Diese Importe unterliegen jedoch Schwankungen, die teilweise auf externe Einflüsse wie den Gaza-Krieg zurückzuführen sind, der Lieferketten störte. Die Einführung der Elektromobilität in Israel könnte langfristig den Bedarf an Verbrennungsmotoren reduzieren. Ende 2023 waren etwa 2,3 Prozent der zugelassenen Fahrzeuge Elektroautos, und bis 2030 wird ein Anstieg auf 27,7 Prozent prognostiziert. Dies wird voraussichtlich den Bedarf an Verbrennungsmotoren und damit verbundene Kfz-Teile beeinflussen. Der Markt für Kfz-Teile in Israel ist offen für Importe und unterliegt nur wenigen Einschränkungen hinsichtlich der Zulassung, vor allem für sicherheitsrelevante Teile. Originalteile der Hersteller (OEM) und Aftermarket-Ersatzteile werden gleichermaßen importiert.

Marokko: Land wird zum Cloud-Hub

Marrakesch (GTAI) – Nach dem Fahrzeugbau und der Luft- und Raumfahrtindustrie wird Marokko nun auch zu einem der bedeutendsten Zentren für elektronische Datenverarbeitung in Afrika. Oracle hat auf der Technologiemesse Gitex Africa 2024 in Marrakesch angekündigt, seine bisherige Niederlassung für Cybersecurity in Casablanca zu einem regionalen IT-Zentrum auszubauen. Dieses Vorhaben soll Marokko als zentralen Knotenpunkt für Cloud Computing, Big Data und Cybersicherheit etablieren. Oracle plant, bis zu 1.000 Ingenieure und Doktoranden in Casablanca anzusiedeln, um innovative Lösungen in Bereichen wie Künstliche Intelligenz voranzutreiben. Die Eröffnung dieses Forschungs- und Entwicklungszentrums markiert einen bedeutenden Schritt für Oracles Engagement in Afrika. Die marokkanische Ministerin für den digitalen Übergang und die Verwaltungsreform, Ghita Mezzour, hebt hervor, dass Oracles Initiative Marokko als strategischen Hub für die digitale Transformation in der Region positionieren wird. Dieser Schritt wird unterstützt durch eine Analyse der Weltbank, die zeigt, dass eine umfassende Digitalisierung in der MENA-Region das Pro-Kopf-BIP über die nächsten 30 Jahre signifikant steigern könnte. Diese Investition von Oracle wird erwartungsgemäß weitere ausländische IT-Firmen anziehen und milliardenschwere Folgeinvestitionen nach sich ziehen.

Marokko: Produktion von grünem Stahl

Marrakesch (GTAI) – Marokkos Stahlindustrie fokussiert zunehmend auf die Produktion von grünem Stahl, weg von reinen Baustählen. Investitionen zielen auf hochwertige Legierungen und die Integration grüner Energien in den Schmelz- und Verarbeitungsprozess. Die Importe von Eisenschrott sollen steigen, um die Produktionskapazitäten zu optimieren. Unternehmen wie Sonasid und Riva Industrie treiben die Diversifizierung ihrer Geschäftsfelder voran, mit Schwerpunkten auf erneuerbaren Energien und der Modernisierung ihrer Produktionsanlagen sowie der Infrastruktur für den Schrottimport und Export fertiger Stahlerzeugnisse.

Marokko: Ausbau der Batterieproduktion

Marrakesch (GTAI) – Marokko strebt an, der führende Akkuproduzent Afrikas zu werden. Gotion High Tech aus China plant eine Gigafabrik in Kenitra mit Investitionen von 1,3 Mrd. Euro, erweiterbar auf bis zu 100 Gigawattstunden. Dies zieht fünf chinesische Zulieferer nach Tanger, Kenitra und Jorf Lasfar, die Schlüsselkomponenten wie Kathoden und Aluminiumfolie für Batterien produzieren. Weitere Investitionen kommen von LG Energy Solution aus Korea und der Yahua Industrial Group für Lithiumhydroxid. Marokko lockt mit günstigen Produktionskosten, Arbeitskräften und umfangreichen Rohstoffvorkommen.

Oman: Ausbau der Wasserstoffwirtschaft

Maskat (GTAI) – Oman verfolgt ehrgeizige Pläne, sich als führender Produzent von grünem Wasserstoff zu positionieren und hat dafür massive Investitionen von über 70 Milliarden US-Dollar in die Wasserstoffwirtschaft initiiert. Derzeit befinden sich acht große grüne Wasserstoffprojekte in verschiedenen Phasen der Planung. Das Hauptziel ist es, bis 2030 eine jährliche Produktionskapazität von 1 bis 1,25 Millionen Tonnen grünen Wasserstoff zu erreichen. Dafür sind eine Elektrolyseleistung von 8 bis 10 Gigawatt sowie Solar- und Windkraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 16 bis

20 Gigawatt erforderlich. Ein zentraler Aspekt dieser Strategie ist der Aufbau einer umfassenden Infrastruktur, einschließlich Pipelinesysteme, Exportterminals, Meerwasserentsalzungsanlagen und Stromnetze. Eine eigens gegründete Gesellschaft treibt diese Infrastrukturprojekte voran, die bis 2029 abgeschlossen sein sollen. Wichtige Partner bei diesen Initiativen sind omanische Unternehmen wie OQ Gas Networks, Nama Water Services und die Oman Electricity Transmission Company. Trotz des Fortschritts bei der Infrastruktur bleiben die Abschlüsse von Abnahmeverträgen mit potenziellen Kunden (Offtakern) eine entscheidende Hürde für die Realisierung der Wasserstoffprojekte. Obwohl Gespräche mit internationalen Partnern, darunter die VNG AG aus Deutschland, laufen, sind konkrete Vereinbarungen kurzfristig unwahrscheinlich. Diese Abnahmeverträge sind von entscheidender Bedeutung für die Sicherung der finanziellen Grundlage und die weitere Umsetzung der Projekte.

Polen: EU-Gelder für den Ausbau von Containerterminals

Warschau (GTAI) - Polens Infrastrukturministerium hat neue EU-Gelder in Höhe von 180 Millionen Euro für den Ausbau von Containerterminals im Rahmen des Intermodalverkehrs bereitgestellt. Bis zum 15. Juli 2024 können Unternehmen Fördermittel beantragen, um bestehende Anlagen zu erweitern oder neue zu bauen. Diese Terminals müssen sich an Hauptverkehrsadern der EU befinden und sollen den Güterverkehr effizienter gestalten, indem sie Straße und Schiene besser miteinander verknüpfen. Ziel ist es, den Schienengüterverkehr zu stärken, der zuletzt trotz vorheriger Wachstumsjahre an Volumen verloren hat.

Südafrika: Legalisierung von Cannabis

Kapstadt (GTAI) - Einen Tag vor den Parlamentswahlen am 29. Mai 2024 hat Staatspräsident Cyril Ramaphosa das Gesetz zur Legalisierung von Cannabis in Südafrika unterzeichnet. Bereits 2018 erklärte das südafrikanische Verfassungsgericht die Anwendung des veralteten Drogengesetzes auf Cannabis für ungültig, was zu einem langwierigen Gesetzgebungsprozess führte. Nach der Zustimmung beider Parlamentskammern im Jahr 2023 wurde das Gesetz zur Legalisierung von Cannabis für private Zwecke nun unterzeichnet. Das neue Gesetz, der Cannabis for Private Purposes Act, erlaubt den privaten Anbau, Besitz und Konsum von Cannabis, bekannt als Dagga in Südafrika. Es verbietet jedoch den kommerziellen Handel mit Cannabisprodukten für den Freizeitgebrauch, während medizinischer Cannabis weiterhin unter speziellen Auflagen verfügbar ist. Die Legalisierung eröffnet einen neuen Zweig der Arzneimittelfertigung in Südafrika. Schon seit 2018 war medizinischer Cannabis auf ärztliche Verschreibung zugelassen, was zu einer bedeutenden Anzahl von Lizenzen für die Produktion und den Vertrieb geführt hat. Die South Africa Health Products Regulatory Authority (SAHPRA) hat bereits über 100 solcher Lizenzen vergeben, um die streng regulierte Produktion, Verarbeitung und den Export zu ermöglichen. Unternehmen wie Labat Africa und ALPS haben die veränderte Rechtslage genutzt, um ihre Geschäfte im Cannabissektor auszubauen. Der Hanfanbau für industrielle Zwecke, insbesondere für Faserprodukte mit niedrigem THC-Gehalt, ist bereits seit 1999 in Südafrika erlaubt. Die neue Rechtslage wird es ermöglichen, diesen Bereich weiter auszubauen und die industrielle Nutzung von Hanf für Produkte wie Seile, Textilien, Papier, Baumaterialien, Biokraftstoffe und mehr zu fördern.

USA: KI-Investitionen steigen sprunghaft an

Washington D.C. (GTAI) - Die USA erleben einen rapiden Anstieg der Investitionen in künstliche Intelligenz (KI), wobei amerikanische Tech-Giganten in einen regelrechten Wettstreit um die Vorherrschaft bei KI-Technologien treten. Microsoft und Google führen diese Entwicklung an, indem sie ihre Investitionen um über 40 Prozent steigern werden, um zusammen rund 97 Milliarden US-Dollar zu erreichen. Zusammen mit Amazon, Meta und Apple könnte Big Tech im Jahr 2024 mehr als 200 Milliarden US-Dollar in KI investieren. Die USA sind weltweit führend bei der Entwicklung von KI-Modellen, was durch den "2024 AI Index Report" der Stanford University untermauert wird. Unternehmen wie Microsoft und Google integrieren diese Modelle in ihre Cloud-Dienste, um Start-ups Zugang zu fortschrittlichen KI-Funktionen zu ermöglichen. Diese Entwicklung wird durch wegweisende KI-Technologien wie das multimodale

ChatGPT-4o von OpenAI vorangetrieben, das neue Möglichkeiten für Unternehmensanwendungen eröffnet, von Kundensupport bis hin zu Bildung und Gesundheit. Im Wettstreit um die Marktführerschaft investiert Microsoft massiv in OpenAI, während Google mit der Integration seiner KI-Modelle in die Suchmaschine Gemini reagiert. Amazon und Meta verfolgen unterschiedliche Strategien: Amazon betont die Bedeutung generativer KI in AWS, während Meta auf Open-Source-KI-Tools setzt, um neue Werbemöglichkeiten für Plattformen wie Facebook, Instagram und WhatsApp zu erschließen. Parallel dazu florieren auch US-Start-ups, die hohe Summen an Wagniskapital einsammeln. Mehr als 7.500 Start-ups in den USA nutzen KI als zentrales Geschäftsmodell, wobei einige bereits als "KI-Unicorns" bewertet werden und Milliardenbewertungen erreichen. Diese Dynamik spiegelt die hohe Risikobereitschaft und die finanzielle Unterstützung durch amerikanische Wagniskapitalgeber wider, die eine Schlüsselrolle im globalen KI-Ökosystem spielen.

USA: Infrastrukturausbau kommt zügig voran

Washington D.C. (GTAI) - Der Infrastrukturausbau in den USA macht unter dem Infrastructure Investment and Jobs Act (IIJA) gute Fortschritte. Das Programm, das 1.200 Milliarden US-Dollar umfasst, zielt auf die Modernisierung von Straßen, Schienen, Energie- und Wasserinfrastruktur sowie die Entwicklung ländlicher IKT ab. Bis zur Halbzeit im Mai 2024 wurden über 56.000 Projekte mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 450 Milliarden US-Dollar gestartet. Diese Investitionen sollen bis in die 2030er-Jahre positive Auswirkungen haben, da viele Projekte erst zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sein werden. Trotz des protektionistischen "Build America, Buy America"-Acts, der lokale Wertschöpfungsquoten vorsieht, sind viele amerikanische Hersteller nicht ausreichend aufgestellt, um die Nachfrage zu decken. Das "Made in America Office" gewährt daher Ausnahmegenehmigungen für Importe, insbesondere bei Maschinen und Anlagen, wo es in den USA an inländischen Herstellern mangelt. Dies hat dazu geführt, dass deutsche Unternehmen, trotz höherer Kosten für "Made in America"-Produkte, von den IIJA-finanzierten Projekten profitieren konnten. Die Inflation und hohe Kostensteigerungen haben jedoch Auswirkungen auf die Umsetzung der Infrastrukturprojekte gehabt. Autobahnprojekte verzeichneten zwischen 2018 und 2024 fast eine Verdopplung der Kosten, was die Herausforderungen des Programms verdeutlicht. Insgesamt zeigt der IIJA, dass die USA erhebliche Anstrengungen unternehmen, um ihre Infrastruktur zu modernisieren, während gleichzeitig die lokalen Marktbedingungen und Herausforderungen berücksichtigt werden müssen.

USA: Hohe Investitionen in Lebensmittelindustrie

Washington D.C. (GTAI) - Die US-Lebensmittelindustrie erlebt eine Modernisierungswelle aufgrund steigenden Inlandsverbrauchs und Fachkräftemangels. Besonders die Fleischverarbeitung investiert stark in Automatisierungstechnik - 2024 sollen 11% des Jahresumsatzes für Investitionen genutzt werden. Deutsche Maschinen sind gefragt, 2023 stiegen Importe um 27% auf 1,3 Mrd. US\$. Große Konzerne wie Tyson und Cargill planen Milliardeninvestitionen. Die Branche dominiert der Markt der Großkonzerne, besonders in der Fleischverarbeitung, die größte Sparte der US-Nahrungsmittelindustrie.

Usbekistan: Ausländische Maschinen gefragter denn je

Taschkent (GTAI) - Usbekistan entwickelt sich zunehmend zu einem bedeutenden Markt für ausländische Maschinen und Ausrüstungen. Die Importe von Kraft-, Arbeits- und Metallbearbeitungsmaschinen sowie diverser anderer Maschinen und Geräte verdoppelten sich von 2021 auf 2023 auf insgesamt 6,2 Milliarden US-Dollar. Besonders deutsche Lieferanten haben gute Absatzchancen auf diesem aufstrebenden Markt. Die usbekische Regierung setzt mit dem Masterplan "Usbekistan 2030" ehrgeizige Ziele für die Industrieentwicklung. Die jährliche Wertschöpfung der Industrie soll bis 2030 auf 45 Milliarden US-Dollar verdoppelt werden, was einer Versechsfachung im Vergleich zu 2017 entspricht. Dies wird durch umfangreiche Investitionen in verschiedene Branchenclustern und Industrieprojekte unterstützt. Im verarbeitenden Gewerbe, das 84 Prozent der gesamten Industrieproduktion des Landes ausmacht, sind

zahlreiche Großprojekte geplant. Dazu zählen unter anderem der Ausbau der Baumwollverarbeitung, die Erweiterung des Kupfer-Clusters, die Entwicklung von Polymer- und chemischen Produktionsstätten sowie der Aufbau neuer Industriezonen für die Eisenhüttenindustrie und die Produktion von Basaltfasern. Die Nachfrage nach Maschinen ist hoch, da sie 70 Prozent der importierten Investitionsgüter ausmachen. Insbesondere für den Ausbau der Textilindustrie, die Erweiterung der Nahrungsmittelverarbeitung und die Steigerung der Landtechnikproduktion bieten sich große Absatzmöglichkeiten für ausländische Lieferanten. Deutsche Maschinen genießen einen ausgezeichneten Ruf in Usbekistan und sind insbesondere in Bereichen wie Textilmaschinen, Baumaschinen und Maschinen für die Nahrungsmittel- und Verpackungswirtschaft gefragt.

Usbekistan: Ausbau der touristischen Infrastruktur

Taschkent (GTAI) - Usbekistan baut seine touristische Infrastruktur aus, plant bis 2030 mehrere Milliarden US-Dollar zu investieren, um die Bettenkapazität zu verdoppeln und neue Tourismusziele zu schaffen. Dies soll zur wirtschaftlichen Diversifizierung, Arbeitsplatzsicherung und Devisensteigerung beitragen. Bereits seit 2017 fließen beträchtliche Investitionen in diesen Sektor. Bis 2023 verdoppelte sich die Anzahl der Unterkünfte auf 5.500, während die Besucherzahlen steigen und bis 2030 eine Verdopplung angestrebt wird.

VAE: Markt für Labortechnik boomt

Abu Dhabi (GTAI) - Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) haben zwischen 2019 und 2022 ihre Einfuhren von Analyse-, Bio- und Labortechnik um 4,8% gesteigert, von 567,4 Millionen US-Dollar auf 652,3 Millionen US-Dollar. Besonders bemerkenswert ist der starke Anstieg bei Glaswaren für Labore (+94,9%), Industrie- und Laborapparaten zur Wärmebehandlung (+43,2%), sowie bei Einrichtungen zur Kälteerzeugung (+35,2%). Weitere Zuwächse gab es bei UV-Lampen (+34,4%), Vakuumpumpen (+24,8%), Teilen von Zentrifugen (+22,9%) und anderen Glaswaren für Labore (+17,5%).

Veröffentlichungen

DIHK veröffentlicht Sonderanalyse zu Argentinien

Während des Besuchs von Präsident Javier Milei in Deutschland veröffentlichte die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) eine spezielle Analyse über die wirtschaftliche Lage in Argentinien. Milei, der seit Dezember 2023 im Amt ist, hat mit einer drastischen Sparpolitik begonnen, die erste positive Ergebnisse zeigt, wie den ersten Haushaltsüberschuss seit 16 Jahren. Die DIHK-Umfrage zeigt, dass deutsche Unternehmen, die in Argentinien tätig sind, trotz anfänglicher Skepsis optimistisch in die Zukunft des Landes blicken. Die Sparmaßnahmen haben jedoch zu einem starken Rückgang der Binnennachfrage geführt, was viele Unternehmen als Geschäftsrisiko betrachten. Dennoch verbessern sich sowohl die aktuelle Geschäftslage als auch die Erwartungen der Unternehmen im Vergleich zur vorherigen Umfrage. Besonders positiv sind die Konjunkturerwartungen der deutschen Unternehmen, von denen 67 Prozent eine Verbesserung der Wirtschaftslage erwarten. Die DIHK betont die Bedeutung des EU-Mercosur-Abkommens für Argentinien, da es zu einem "positiven Momentum" beitragen und die gegenseitigen Marktzugänge entscheidend verbessern könnte. Den vollständigen Beitrag finden Sie [hier](#).

African Development Bank veröffentlicht African Economic Outlook 2024

Der "African Economic Outlook 2024" der African Development Bank zeigt eine optimistische Entwicklung der Wirtschaft in Afrika. Trotz globaler Unsicherheiten und geopolitischer Spannungen wird für 2024 ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 3,7 Prozent und für 2025 um 4,3 Prozent prognostiziert. Deutsche Unternehmen in

Subsahara-Afrika verzeichnen ebenfalls eine verbesserte Geschäftslage, wie der "AHK World Business Outlook Frühjahr 2024" zeigt, wobei 38 Prozent ihre Situation als gut und 50 Prozent als befriedigend bewerten.

Afrikanische Länder bieten für deutsche Exporteure attraktive Diversifizierungsmöglichkeiten. Besonders in der Energieversorgung setzen viele Länder verstärkt auf erneuerbare Energien, was deutsche Wind- und Solarindustrien neue Geschäftschancen eröffnet. Der Aufbau eines afrikanischen Binnenmarktes mit modernen Hafen- und Transportinfrastrukturen unterstützt deutsche Handelsbetriebe bei der Erschließung regionaler Märkte mit zahlungsfähigen Verbrauchern und vielfältigen Geschäftsmöglichkeiten. Trotz dieser Chancen bleiben erhebliche Herausforderungen bestehen. Wechselkursrisiken, schwierige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und Finanzierungsfragen stellen weiterhin Risiken dar. Die Subsahara-Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI) spielt hierbei eine wichtige Rolle, indem sie deutsche Unternehmen unterstützt, die Marktchancen in Afrika nutzen möchten. Der German-African Business Summit 2024 in Nairobi bietet eine Plattform für Politik und Wirtschaft, um bilaterale Kooperationen zu fördern und neue Märkte zu erschließen.

Impressum

Industrie- und Handelskammer Stade für den Elbe-Weser-Raum
Am Schäferstieg 2
21680 Stade

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden.

Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der jeweiligen IHK angefordert werden.

Tagesaktuelle Veranstaltungsinformationen finden Sie unter:

<http://www.stade.ihk24.de>

Die Informationen werden mit größter Sorgfalt zusammengetragen, recherchiert und verarbeitet. Eine Gewähr für die Richtigkeit kann jedoch nicht übernommen werden.

Weitere Informationen zu den einzelnen Meldungen können bei der jeweiligen IHK angefordert werden.

Tagesaktuelle Informationen zu internationalen Märkten finden Sie darüber hinaus unter: [Link](#)